

Helfen statt reden - DIE LINKE. bürgernah, sozial und für Frieden!

Der Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber wird erkennbar: Wandkunstwerk mit Theodor-Heuss-Zitat



Diverse illegale Graffiti und Tags sind inzwischen verschwunden. Entstanden ist ein typografisches Wandbild mit einem großen Schriftzug „Verschwörerbude“. Diesen Begriff prägte 1950 der damalige Bundespräsident Theodor Heuss, der ihn in einem Brief an Annedore Leber benutzte. Das Wandbild schlägt eine Brücke zwischen der Geschichte und der zukünftigen Nutzung des Ortes schlägt. Theodor Heuss hätte sich wohl kaum vorstellen können, dass seine Worte hier einmal als großes Graffiti-Wandbild wiederzufinden sind.

Die neu gestaltete Mauer des zukünftigen Lern- und Gedenkortes Annedore und Julius Leber ist auch dem Tagesspiegel-Newsletter zu verdanken. Aufgrund eines Hinweises im Newsletter schaute sich der Grafiker und Fassadenkünstler Alexander von Freeden das Gelände an.

Dabei fiel ihm auch der bedauernswerte Zustand der Mauer zur alten Kohlenhandlung auf, er wandte sich daraufhin an den Träger des Ortes den Stadtteilverein Schöneberg und den Arbeitskreis „Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber, – mit der Idee, hier ein Wandkunstwerk entstehen zu lassen und damit auf den Ort aufmerksam zu machen.

Die ehemalige Kohlenhandlung von Annedore und Julius Leber, auch Sitz des späteren Verlages von Annedore Leber, wartet auf ihre neue Nutzung als Lern- und Gedenkort für das Wirken der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und Annedore Lebers politische und publizistische Arbeit nach dem 2. Weltkrieg.

Die Baugenehmigung für den Lern- und Gedenkort liegt inzwischen vor, letzte weitere Genehmigungen werden derzeit eingeholt, dann geht es los mit der Herrichtung. Am Spazierweg auf der anderen Seite des Gebäudes informiert die diesjährige Ausstellung am Bauzaun über die ehemalige Kohlenhandlung und das Vorhaben.

Andreas Bräutigam

Weitere Informationen: www.gedenkort-leber.de



2/3

4

Sahra in
Marienfelde -
Wahlkreisbüro-
Eröffnung

5

Gedenktafel für
das ehemalige
KZ-Außenlager
Marienfelde

6

DIE LINKE.
vor Ort in
Marienfelde

7

Wohnungslosen-
Unterkünfte
im Bezirk

8

Kiezblocks
unter
DIE LUPE
nehmen

BVV am 21. Juni 2023

„Geisterhaus“ Odenwaldstraße / Stubenrauchstraße

Auflagen an die Vermieterin des seit Jahrzehnten leerstehenden Hauses erreichen eine neue Stufe. Mit einer Mündlichen Anfrage von der SPD wurde nach dem Sachstand des „Treuhandverfahren“ des o.g. Hauses gefragt. Nach Stadträtin Majewski (CDU) wurde eine Instandsetzungsanordnung erlassen, die für die Vermieterin bis Ende September umgesetzt sein muss. Wenn dieser Auflage nicht nachgekommen wird, wird ein Treuhandverfahren eingeleitet. Bisher ist die Eigentümerin ihren Verpflichtungen nie nachgekommen, jedoch könnten mit einem eingesetzten Treuhänder diesmal erste Schritte für die Begutachtung und Instandsetzung eingeleitet werden, die die Vermieterin nicht mehr abwehren könnte. DIE LINKE findet, Wohnungsnot darf nicht durch Leerstand noch verstärkt werden. Das Bezirksamt hätte schon früher konsequente Maßnahmen umsetzen sollen. Eine Bürgerinitiative macht seit vielen Jahren schon auf diesen Missstand aufmerksam.

Ärger über die öffentliche Toilette am Crellemarkt

An sich sind öffentliche Toiletten wünschenswert und erforderlich, jedoch gibt es Ausnahmen, wie bei der öffentlichen Toilette am Crellemarkt. Durch massive Verschmutzung und artfremde Nutzung, wurde auch von der Verwaltung eingesehen, dass der Standort, der in der Nachbarschaft für reichlich Ungemach sorgte, ungeeignet ist. DIE LINKE stellte

zum Sachverhalt eine Mündliche Anfrage, die von Bezirksbürgermeister Oltmann (Grüne) beantwortet wurde. Demnach soll in diesem Jahr die Standortverlegung erfolgen, die von der zuständigen Senatsverwaltung eingeleitet werden wird. Leider ist die Antwort bzgl. Datum und neuer Standort, nicht konkreter ausgefallen.

Bezirksamt sieht keine Zweckentfremdung

Wenn Bauunternehmer Wohnungen für ihre Arbeiter anmieten, sieht das Bezirksamt darin keine Zweckentfremdung. Begründet wird die Antwort der Mündlichen Anfrage von DIE LINKE von Stadtrat Steuckardt (CDU) damit, dass, das OVG Berlin-Brandenburg entschied, die Nutzung einer Wohnung unter drei Monaten würde keine Verlagerung des Lebensmittelpunktes der Wohnenden darstellen. Bis es zu einer Zweckentfremdung komme, muss die Wohndauer länger stattfinden. DIE LINKE sieht in dieser laxen Anwendung dennoch eine Zweckentfremdung: Häufig leben in solchen angemieteten Wohnungen mehrere Personen in einem möblierten Zimmer, die teurer als eine Mietwohnung vermietet werden. Außerdem gibt es kaum eine Kontrolle, ob die drei Monate eingehalten werden. Dann, nach drei Monaten kommen vielleicht die nächsten Arbeiter. Alleine das ist für einen Unternehmer schon ein lukratives Geschäftsmodell.

Elisabeth Wissel

BVV am 12. Juli 2023

Probleme mit Drogenkonsum im Bezirk

Mit einer Großen Anfrage der CDU zu öffentlichen Orten des Drogenkonsums, antwortete Stadtrat Schworck (SPD), dass es Drogen-Hotspots und Trinkerszenen konzentriert in bestimmten S- und U-Bahnhöfen gebe, und das zu jeder Jahreszeit. Er erläuterte die Angebote des Bezirks, u.a. vom Drogenkonsummobil, Spritzenabwurfbehältern und aufsuchender Drogenhilfe durch Streetworker:innen. Die soziale Ungleichheit, wie beispielsweise Wohnraumverlust, den viele Menschen in unserer Gesellschaft erleben, begünstigt Verwahrlosung und Suchtverhalten, aus der die Betroffenen ohne

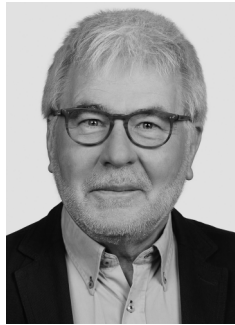
Unterstützung von außen meist nicht alleine herauskommen. Daher findet DIE LINKE die Aktivitäten, Drogenabhängige in das Suchthilfesystem zu motivieren sehr wichtig, neben niedrigschwelligen Angeboten wie Duschen und Wäsche waschen oder Versorgung mit Lebensmitteln in einem geschützten Raum.

Helpen statt reden - DIE LINKE. im Rathaus ist für Sie da!



Katharina Marg

[katharina.marg\[at\]
linksfraktion-ts.de](mailto:katharina.marg[at]linksfraktion-ts.de)



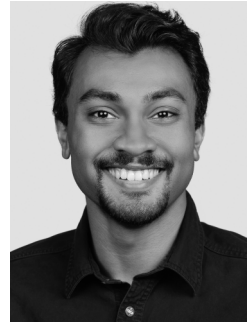
Harald Gindra

[harald.gindra\[at\]
linksfraktion-ts.de](mailto:harald.gindra[at]linksfraktion-ts.de)



Dr. Christine Scherzinger

[christine.scherzinger
\[at\]linksfraktion-ts.de](mailto:christine.scherzinger[at]linksfraktion-ts.de)



Martin Rutsch

Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
[martin.rutsch\[at\]
linksfraktion-ts.de](mailto:martin.rutsch[at]linksfraktion-ts.de)



Elisabeth Wissel

Fraktionsvorsitzende
[elisabeth.wissel\[at\]
linksfraktion-ts.de](mailto:elisabeth.wissel[at]linksfraktion-ts.de)
Tel: 0170 92 69 905

Senat CDU/SPD bringt Radwegeausbau ins Stocken

DIE LINKE steht hinter der Mobilitätswende, die unter SPD, Grüne und LINKE in der letzten und vorletzten Legislatur in der Berliner Verkehrspolitik in Angriff genommen wurde, und die jetzt auf Landesebene mit einem Stopp von Rad- und Fußverkehrsprojekten torpediert wird. Mit einer Mündlichen Anfrage von den Grünen, aber auch einer gemeinsamen Willensbekundung von Grüne, SPD und DIE LINKE „Für die schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen – Tempelhof-Schöneberg für die Mobilitätswende und den Ausbau von Rad- und Fußverkehrsprojekten“ nahm dieses Thema einen breiten Raum in der BVV-Debatte ein. Stadträtin Ellenbeck (Grüne) berichtete vom abgefragten aktuellen Stand des Radwegeausbaus in Schöneberg: „Durch die weiterhin bestehende Aussetzung der Finanzierung durch die Sen.MVKU seit dem 20. Juni 2023 sind

im Bezirk die Umsetzungen der Radverkehrsanlage, der durchgängigen Busspur und der Lieferzonen an der Hauptstraße, sowie der Radverkehrsanlage und der Lieferzonen an der Grunewaldstraße gestoppt.“ Selbst bei einer nachträglichen Befürwortung der Finanzmittel sei es schwierig den vorgegebenen Zeitrahmen von 5 Monaten und 2 Wochen einzuhalten. Insbesondere CDU und FDP befürworten eher eine autofreundliche Politik. Aber alle Menschen haben ein Sicherheitsbedürfnis und die Politik muss dafür sorgen, Allen gerecht zu werden und nicht, dass der Stärkere sich durchsetzt. Daher befürwortet DIE LINKE, dass ein Netz von verkehrssicheren Radwegen und barrierefreien Fußwegen geschaffen wird, sowie der ÖPNV mit attraktiven Nutzer-Angeboten ausgebaut wird, und bei allen Planungen die Menschen mitgenommen werden.

Elisabeth Wissel

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg:

John-F.-Kennedy- Platz 1,
10825 Berlin
Raum 2115
Tel:
030 /90 27 74 898
(Neu:
030 26 59 34 86)
E-Mail: [kontakt\[at\]
linksfraktion-ts.de](mailto:kontakt[at]linksfraktion-ts.de)
Sprechstunde:
Mittwoch
15 - 17 Uhr

Termine

03.09. Fraktions-klausur
nicht öffentliche Sitzung
**Bezirksverordneten-
versammlung**
BVV: 17 Uhr
Mi. 13.09., 18.10., 15.11.,
13.12.2023, öffentliche
Sitzung der BVV
Tempelhof-Schöneberg,
Rathaus Schöneberg,
BVV Saal



Mobilitätsgesetz umsetzen

**Radwege ausbauen
Sicherheit erhöhen**

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN



Foto Ben Gross

Alexander King MdA
buero[at]alexander-king.de
www.alexander-king.de
LINKES KIEZBÜRO
Hildburghäuser Str. 29
12279 Berlin
Tel: (030) 40 74 89 79
Do.: 10-16 Uhr

Sprechstunden:
Harald Gindra, BVV:
1. und 3. Freitag 12-16 Uhr

Sozialberatung:
Marianne Lampel, Dipl.
Sozpäd.:
1. und 3. Montag, 15-17 Uhr
Mit Voranmeldung unter:
mail@lampelbetreuung.de

Runder Tisch Marienfelde
2. Do. im Monat, 19-21 Uhr
und 4. Sa. im Monat 13-15h

gekommen waren, nicht. Sie nahm das Versagen der Bundesregierung aufs Korn. Diese hätte eigentlich viel zu tun, um Armut, insbesondere Kinderarmut, und die Verteuerung von Energie- und Lebenshaltungskosten zu bekämpfen und Friedensinitiativen auf den Weg zu bringen, um die

Sahra Wagenknecht in Marienfelde - Wieder-Eröffnung des Wahlkreisbüros von Alexander King

Alexander King rückte, nach kurzer Pause, am 1. Juni wieder ins Berliner Abgeordnetenhaus nach. Dort vertritt er nun, gemeinsam mit seinem Kollegen Sebastian Scheel, die Linke Tempelhof-Schöneberg und ihre Wähler. Am 6. Juli eröffnete er erneut sein Wahlkreisbüro in Marienfelde. Es kam prominenter Besuch. Sahra Wagenknecht war die Hauptrednerin bei der Eröffnungsfeier und sie enttäuschte die vielen Gäste, die

weitere Eskalation des Kriegs in der Ukraine zu verhindern. Stattdessen tut sie das Gegenteil: Sie spart bei sozialen Programmen und bei Investitionen in unsere Infrastruktur, sie verteuert das Leben der Menschen zusätzlich durch so unsinnige Vorhaben wie das Heizungsgesetz oder die Energiesanktionen gegen Russland. Und sie liefert immer weiter Waffen in den Krieg, in dem täglich junge Menschen ihr Leben lassen, ohne dass sich am Frontverlauf nennenswert etwas verändern würde.

Die vielen Zuhörer sahen es auch so und belohnten die Rede mit viel Applaus. Im Anschluss daran stand Sahra Wagenknecht noch eine halbe Stunde lang für persönliche Begegnungen zur Verfügung. Sie war gleichwohl nicht die einzige prominente Besucherin. Als Überraschungsgast erschien die Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Amira Mohamed Ali. Sie hielt ein kurzes Grußwort, in dem sie unserem Abgeordneten Alexander King herzlich zum Wiedereinzug in das Abgeordnetenhaus gratulierte.

Hüpfburg, Popcorn-Maschine und die Musik des Tempelhofer "Duo vom Balkon" trugen zur guten Stimmung bei. Gastgeber Alexander King und der Bezirksvorsitzende, Martin Rutsch, verwiesen die Gäste auf unsere Beratungsangebote und Öffnungszeiten und die gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit, die die Linke seit Jahren mit den Anwohnern unseres Büros pflegt. Sie finden alle Infos auch hier in der Lupe.

Dr. Alexander King, MdA
www.alexander-king.de



Informations- und Gedenktafel für das ehemalige KZ-Außenlager Marienfelde

Die BVV Tempelhof Schöneberg hat in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause einstimmig beschlossen, für das ehemalige KZ-Außenlager Marienfelde eine Informations- und Gedenktafel aufzustellen. Anlass dafür war ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der Linken und der SPD. Das Lager Marienfelde geht auf ein früheres Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager am gleichen Standort zurück und ist 1943/44 für einige Monate als KZ-Außenlager von Sachsenhausen betrieben worden. Es befand sich an der heutigen Motzener Straße (ehemals Lichtenrader Weg) / Ecke Nahmitzer Damm, so dass sich als Standort für die Informations- und Gedenktafel der Eingang zur Grünanlage an der Bushaltestelle des X83 auf der westlichen Seite der Motzener Straße anbietet.

In den Ermittlungsverfahren zu den Lagern Marienfelde und Lichtenrade werden hinsichtlich des zeitlichen Bestandes des Lagers Marienfelde folgende zusammenfassende Angaben gemacht:

„... Im Herbst 1943, möglicherweise auch schon etwas früher, wurde nach teilweiser Zerstörung des Nebenlagers Berlin-Lichterfelde-Süd (KL Sachsenhausen) ein Teil der Insassen in ein neu eröffnetes Nebenlager im benachbarten Stadtteil Marienfelde verlegt. Dieses Nebenlager hat nur kurze Zeit – nach Angaben von Häftlingen ca. 3 Monate, lt. Verzeichnis Arolsen vom 23.09.1943 – 20.04.1944-, bestanden und wurde dann ebenfalls bei einem Bombenangriff zerstört, wobei auch Häftlinge getötet und verletzt wurden. Die gesamte übrige Belegschaft wurde alsdann in den benachbarten Stadtteil Lichtenrade verlegt, wo sie in einem Lager, das noch entsprechend zugerechnet werden mußte, untergebracht wurde. ...“(1)

Das Lager Marienfelde steht damit in direktem historischen Zusammenhang mit dem ehemaligen KZ-Außenlager Lichtenrade am heutigen Bornhagenweg. Zu den Lebensverhältnissen und zu den dramatischen Vorgängen bei der Bombardierung des Marienfelder Lagers gibt es mehrere Augenzeugenberichte von ehemaligen Häftlingen. An diese soll mit der Informations- und Gedenktafel ebenfalls erinnert werden und die schon lange beschlossene und in Planung befindliche Informationstafel am

Standort Bornhagenweg entsprechend ergänzen.

Andreas Bräutigam

1) Ergebnis der Vorermittlungen betreffend die Nebenlager Berlin-Marienfelde und Berlin-Lichtenrade (KL-Sachsenhausen), mit Anschreiben vom 18. Januar 1971.

Unterzeichnet Schmitt, Amtsgerichtsdirektor a.D., Bundesarchiv B162 / 9334, Seiten 386-399.



Foto Van der Meer

Sebastian Scheel MdB

www.sebastianscheel.de
[kontakt\[at\]sebastianscheel.de](mailto:kontakt[at]sebastianscheel.de)

KIEZBÜRO

Kaiserin-Augusta-Str. 75
12103 Berlin

Tel: (030) 66 86 42 45

Di., Mi., Do. : 10-16 Uhr

Sprechstunden:

Sebastian Scheel:

2. u. 4. Do. 12-14 Uhr

Elisabeth Wissel, BVV:

1. Mo., 16-18 Uhr

Sozialberatung

Doris Hammer:

2. u. 4. Do., 15-17 Uhr



Abbildung 1: Projektion der ehemaligen Lagerbaracken in ein aktuelles Luftbild (Montage: Andreas Bräutigam)

DIE LINKE. vor Ort in Marienfelde, jetzt immer zwei Mal im Monat

Noch gibt es mehr Forderungen an die Bezirkspolitik, als es tatsächlich Wohnumfeld-Verbesserungen in der Marienfelder Hochhaussiedlung gäbe.

Um diesen Nachdruck zu verleihen, ist es erforderlich, dass die Bürgerinnen und Bürger sich zusammentun und ihre Bedürfnisse benennen.

Die Abgeordneten und Verordneten in der BVV können dabei ihre Anliegen unterstützen, die wir als DIE LINKE, gemäß unserem Auftrag von den Wählerinnen und Wählern auch so umsetzen wollen. Auch bei außerparlamentarischen Initiativen, wie Unterschriftensammlungen für infrastrukturelle Objekte, Ortsteil-Begehungen, bei denen auf fehlende wohlfreundliche Bedingungen hingewiesen wird, oder auch Kundgebungen ist DIE LINKE immer dabei.

Bei der ersten Gesprächsrunde im Abgeordneten-Büro von Alexander King, drehten sich die Themen um das bevorstehende Stadtteilforum, an dem die neue Stadträtin Frau Majewski (CDU), als auch Vertreter:innen von der Degewo teilnehmen werden. Da gibt es die Gelegenheit Fragen zu stellen, aber auch die Missstände in der Siedlung kund zu tun. Gelobt wurden bei unserem Gespräch mit den Anwohnenden beispielsweise die Sperrmülltage, die mit einer Tauschbörse verbunden sind. Diese sollten öfters als nur zwei Mal im Jahr stattfinden. Auch das Projekt mit den „Hauslichtern“, die zu zweit das Wohngebiet begehen und dabei mit den Anwohnenden ins Gespräch kommen, sie befragen, sowie auf Sauberkeit, Sicherheit und Lautstärke im Wohnumfeld achten.

Diese bieten auch eine Sprechstunde im „Alten Waschhaus“ an: Dienstag: 16:30-18:30 Uhr. Das Angebot würde gut nachgefragt. Künftig sollen sie an jedem Wochentag von 13-22 Uhr durch das Wohngebiet gehen. Das Projekt läuft noch bis 31.12.23. Nachfragen wollen die Anwohnenden auch bzgl. Aufstellen von Bänken in der Waldsassener Straße, zu den für Fußgänger gefährliche Unebenheiten und dem Bearbeitungsstand einer öffentlichen Toilette (aufgrund eines beschlossenen LINKE-Antrags). Zum Toiletten-Standort ist allerdings eine Kooperation mit der degewo erforderlich, da fast alle Flächen in ihrem Besitz

sind. Außerdem, wichtig fürs Gemeinschaftsleben der degewo-Mieter:innen, wäre die Nutzbarmachung des Gemeinschaftsraumes über der ehemaligen Gaststätte/Kegelbahn in der Waldsassener Straße. Dieses Anliegen wurde wiederholt benannt. Und natürlich die Gaststätte selbst, die schon seit zwei Jahren leer steht und die Anwohnenden über 800 Unterschriften gesammelt hatten, dass es wieder solch ein Angebot gibt. Bisher wurden diese Bedürfnisse in ihrem Wohngebiet einfach ignoriert, aber die Menschen vor Ort wollen nicht aufgeben. Was auch fehlt, ist ein Disko-Angebot für Junge, das beispielsweise im „Alten Waschhaus“ stattfinden könnte. Die Veranstaltungen müssten vom Verein selbst oder von engagierten Bürger:innen übernommen werden.

Dies sind einige Punkte, die beim Stadtteilforum thematisiert werden sollen. Insgesamt liegt jedoch vieles im Argen, was all die Jahre vernachlässigt wurde. Die Anwohnenden fühlen sich bzgl. gesellschaftlicher und infrastruktureller Angebote benachteiligt zum Rest des Bezirks. Gerade hier sollte das Bezirksamt sich anstrengen und Verbesserungen für die Wohnqualität umsetzen. Dazu zählen auch kulturelle Angebote, die es in der Marienfelder Siedlung leider nicht gibt, jedoch unbedingt braucht, um eine sich ausbreitende Resignation der Menschen zu stoppen.

Wir als DIE LINKE. sind mit unserem Wahlkreisbüro vor Ort und bieten neben Sprechstunden und Sozialberatung, zwei Mal im Monat einen „**Runden Tisch**“ an, bei dem wir offen und beratend für die Belange der Anwohner da sind und wo es möglich ist, Initiative für Forderungen an die Kommunalpolitik ergreifen.

Elisabeth Wissel

Keine Veränderungen bei den Wohnungslosen-Unterkünften im Bezirk

DIE LINKE. stellte zu dieser Problematik eine kleine Anfrage. Nahezu unverändert sei das Platzangebot in den ASOG-Einrichtungen (ASOG= Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) in den letzten zwei Jahren mit einem Angebot von 1761 Plätzen, die sich 50 gewerbliche Wohnheime teilen. Die Ursachen, warum Menschen in solche Unterkünfte gelangen sind allgemein bekannt und liegen auch, aber nicht nur im persönlichen Bereich: Sucht, psychische Erkrankung, Partnerschaftstrennung und Wohnungsverlust aufgrund von Mietschulden. Auch die fluchtbedingte Wohnungslosigkeit wurde genannt. Jedoch werde dazu keine Statistik geführt, und nicht alle Bewohner:innen fallen unter die Zu-ständigkeit des Bezirks, da ASOG-Unterkünfte berlinweit genutzt werden. Ein Platz in einem Mehrbett-Zimmer würde durchschnittlich 30 Euro pro Tag kosten. Auch gibt es Selbstzahler in der Unterkunft, bei denen die Daten, beispielsweise wie hoch ihr Anteil ist, jedoch nicht erfasst wird.

Obwohl das Wohnen in solch einer Einrichtung gleich hinter, leben auf der Straße, in den prekären Bereich fällt ist der Tagessatz extrem hoch. Und eine günstige Wohnung für niedrige und normale Einkünfte zu bekommen, ist in Berlin sehr schwierig. Da überlässt man den geförderten städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu viel Freiheit, bzgl. Miethöhe, Mietpreisbindung und der Nicht-Aufnahme von Menschen, die vielleicht einen Schufa-Eintrag ha-ben. In den meisten Fällen verbringen Betroffene mehrere Jahre in dieser notdürftigen Situation. Für die privaten Betreiber ein lukratives Geschäft das Nachahmer sucht, so kämen lt. der Antwort des Stadtrats Steuckardt

(CDU) immer wieder Anfragen von Gewerbetreibenden, die Projekte wie Ferienwohnungen und größere Immobilieneinheiten anböten.

In Schöneberg stehen aktuell zwei planungs- und baurechtliche Genehmigungen an.

Bei der Frage nach Präventionsmaßnahmen, um Wohnungslosigkeit zu verhindern, verweist das Bezirksamt lediglich auf intensives Bemühen der Sozialen Wohnhilfe u.a. mit dem „Masterplan zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030“. Das Ziel sei „Vermeidung von Wohnungslosigkeit, Unterbringung von wohnungslosen Menschen in Notunterkünften und im Betreuten Wohnen, sowie zur Erlangung einer eigenen Wohnung zu realisieren.“

Das ist erst mal besser als Nichts, aber ein nachhaltiges Konzept sieht anders aus: Gewerbliche Wohnheime sollten verboten werden, der Bezirk sollte diese wichtige Aufgabe selbst übernehmen und auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften müssen mehr in die Verantwortung genommen werden und preisgünstige Wohnungen anbieten.

Für die Menschen die dringend eine Wohnung brauchen wäre eine kommunale Wohnung (Zimmer) sicherer, menschenwürdiger und für den Bezirk kostengünstiger. Aber nicht nur aus finanziellen Gründen käme für eine Kommune der Kauf solcher Einrichtungen nicht in Frage, auch die „Gewerbefreiheit“ müsste vom Bund auf den Prüfstand.

Elisabeth Wissel

Kiez

14. Juli / Der Marktplatz an der Crellestaße, wenige Meter von der Traditionskneipe "Leydicke" entfernt, wird künftig nach der legendären Wirtin Lucie Leydicke, der Großmutter des heutigen Wirts Raimon Marquardt, benannt. Anwohner und Kneipenbesucher wünschten sich das generationenübergreifend schon lange. DIE LINKE brachte den Antrag in die BVV ein.

Den Widerstand der Grünen gegen die Benennung haben unsere Verordneten erfolgreich beiseite geräumt (siehe Tagesspiegel-Artikel). Ein prominenter Kneipen-Gast war im Januar übrigens Sahra Wagenknecht. Einer von vielen unvergesslichen Abenden im Leydicke.

Alexander King

DIE LINKE.

Tempelhof-Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68, 10827 Berlin

Öffnungszeiten i.d.R.:

Di. und Do.: 12-18 Uhr

Mo. und Fr. 12-15 Uhr

(während der Ferienzeit Mo. und Fr. geschlossen)

Tel. : +49 30 21 997 140

Fax: +49 21 729 26

E-Mail: [bezirk\[at\]dielinke-](mailto:bezirk[at]dielinke-tempelhof-schoeneberg.de)

tempelhof-schoeneberg.de

Webseite: [www.dielinke-](http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de)

[tempelhof-schoeneberg.de](http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de)

Termine

Wahlversammlung

2.09. 16-19 Uhr, Wahl der Landesvertreter:innen zu den EU-Wahlen

19.10., 19 h

Bezirksvorstand

05.09., 03.10., 07.11.,

05.12.2023, 19 Uhr

Basisorganisation in

Schöneberg

Marxistischer Lesekreis

21.10.2023, Brecht/Buckow

Basisorganisation in

Tempelhof

28.09.23, 19 Uhr

Veranstaltungen:

Die neue Außenpolitik ... mit

Michael Lüders, 31.08.2023

19 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus

Runder Tisch Marienfelde

2. Do. im Monat, 19-21 und

4. Sa. im Monat 13-15 Uhr

Lasst uns reden über

Medien & Journalismus

14.09., 19 Uhr, Kaiserin-

Augusta-Str. 75, 12103 Berlin

Sozialrechtsberatung

Claus Förster, RA und

Marianne Lampel, Dipl.

Sozpäd.: 2. Dienstag im

Monat, 16 Uhr in der Roten

Insel. Gerne mit Anmeldung.

Kiezblocks unter die Lupe nehmen

Unsere Fraktion befasst sich schon seit einigen Monaten intensiv mit dem Thema Kiezblocks. Je mehr man darüber nachdenkt, desto schwieriger ist es, eine einheitliche Meinung darüber zu finden.

Das beginnt bei der Definition von Kiezblocks, die in der öffentlichen Debatte zu einem Modewort geworden sind. Es gibt keine einheitliche Begriffsbestimmung, es gibt nur einen Minimalkonsens: Nämlich die Umlenkung von Durchgangsverkehren auf Hauptstraßen. Interessanterweise wurde die Initiative zum Stopp von Durchgangsverkehr in der Manfred-von-Richthofen-Straße nachträglich zu einem Kiezblock umgetauft.

Wenn das also die Berliner Kiezblocks ausmacht, dann sind sie logische Konsequenz des bisherigen Mobilitätsgesetzes. Das Mobilitätsgesetz will die Verkehre auf die Hauptstraßen konzentrieren. Aus Sicht vieler Anwohnenden in den Kiezen macht das Sinn. Sie beklagen sich vollkommen zu Recht über Raserei, Feinstaubbelastung und die Entstehung von Hitzeinseln. Aus dieser Innenperspektive ist jeder Kiezblock zunächst zu begrüßen.

Wir müssen uns aber die gesamte Verkehrslenkung in einem Stadtteil anschauen und auch ihre Gesamtfolgen abschätzen. In dieser Betrachtung wird aus einem verkehrs-

politischen Problem spätestens jetzt ein stadtpolitisches und aus unserer Sicht ein soziales. Und hier haben eine andere Meinung als das Bezirksamt, das jedem Kiezblock unkritisch entgegensteht.

Denn bei Kiezblöcken geht es immer darum, Lasten umzuverteilen. Mehr Sicherheit, weniger Lärm und Feinstaub sind eine Entlastung und bilden damit ein Privileg in der „wachsenden Stadt“. Sie werden aber zur Belastung und Benachteiligung für die Menschen, die bereits an Hauptstraßen leben. Dort leben nachweislich ärmere Menschen, weil die Mieten niedriger sind. Sie sind tendenziell niedriger, weil der Marktwert durch die bestehenden Belastungen gedrückt wird.

Wir müssen in diesen Einzelfällen abwägen - cui bono? Wem nützt es, und zu wessen Lasten geht es. Aber auch Kompromisslösungen gehören dazu, wie zum Beispiel der Einsatz von Bodenschwellen oder temporären Blitzern. Wir müssen das Thema gesamtheitlich erörtern können. Der Appell meiner Fraktion ist es, dass wir Kiezblocks im städtischen und sozialen Gesamtzusammenhang betrachten. Wir sind daher ausdrücklich für Einzelfallprüfungen.

Martin Rutsch

Impressum Herausgeber: DIE LINKE. Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 10-12x jährlich; diese Ausgabe: Auflage: 1000 Exemplare; V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Martin Rutsch; Layout: G. Irazoque; Druck: Druckerei Gottschalk; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. Planung für die nächste Ausgabe: 05.09.2023, Redaktionsschluss der Herbst-2023-Ausgabe: 15.08.2023. Schlussredaktion: 29.08.2023. Diese Ausgabe erscheint voraussichtlich online am 29.08.2023. In Druckversion am 01.09.2023.